

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, 18. September 2018

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer
EntschlieÙung betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen
Grenze

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließungsantrag

des Burgenländisches Landtages vom betreffend Stopp der Verlängerung der Autobahn A3 bis zur ungarischen Grenze

Gegen die Verlängerung der Autobahn A3 vom Knoten Eisenstadt bis zur ungarischen Grenze regt sich seit 15 Jahren Widerstand aus den Anrainergemeinden. Die Bürgerinitiativen, die sich gegen den Ausbau der A3 wehren, werden an Zahl und an Mitgliedern laufend mehr. Landesrat Hans Peter Doskozil hat bereits im Rahmen der Beantwortung einer mündlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten Regina Petrik zugesagt, dass es seitens des Landes Burgenland keine Zustimmung zur Verlängerung der A3 geben werde, wenn auch nur eine Gemeinde dagegen sein würde. Entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse aus früheren Jahren haben noch immer Gültigkeit und sind daher in die Entscheidungen des Landes einzubeziehen:

Im Jahr 2004 beschloss der Gemeinderat der Gemeinde Wulkaprodersdorf eine Resolution gegen die Verlängerung der A3. Im Jahr 2005 folgte eine Volksbefragung, an der 57,8% der Wahlberechtigten teilnahmen, von denen sich 89,83 % für den Stopp des Ausbaus ausgesprochen haben. Im Jahr 2009 fassten die Bürgermeister der Anrainergemeinden eine weitere Resolution gegen den Ausbau der A3.

Seither stieg die Belastung durch den Transitverkehr kontinuierlich. Bei gleichbleibender Verkehrsstrategie prognostiziert die ASFINAG einen weiteren Anstieg des Gesamtverkehrsaufkommens bei Ausbau der A3 von 23.900 KFZ/Tag (davon 900 LKW) im Jahr 2016 auf 43.300 KFZ/Tag (davon 2000 LKW) im Jahr 2035 auf der Höhe Wulkaprodersdorf. Der Transitverkehr verursacht in weiterer Folge hohe CO₂-Emissionen und eine starke Schadstoffbelastung der Luft und der Umwelt. Der Ausbau einer hochrangigen Straße wie der A3 würde zusätzlichen Transitverkehr anziehen. Ziel aller politischen Maßnahmen muss aber im Sinne der Lebensqualität der Bevölkerung und des Klimaschutzes die Reduktion von Transitverkehr und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sein.

Ein weiterer Ausbau der Autobahn A3 vom Knoten Eisenstadt bis zur ungarischen Grenze hätte also langfristige, nicht wieder gut zu machende Folgen:

- weitere Erhöhung des Transitaufkommens, vor allem durch steigenden LKW-Verkehr,
- massive zusätzliche Lärmbelastung der Anrainerbevölkerung,
- weitere Erhöhung der CO₂-Emissionen und der Belastung durch Stickoxide in der Region,
- weitere Erhöhung der Feinstaubbelastung im Wulkatal,
- zusätzliche Zerstörung von Grünflächen und fortschreitende Bodenversiegelung.

Es zeigt sich, dass der weitere Bau einer hochrangigen Straße keine moderne, den Gegebenheiten und Klimaschutzzielen des Jahres 2018 entsprechende Antwort auf ein vorliegendes Verkehrsproblem sein kann. In Zeiten des wachsenden Bewusstseins für dringend nötige und umfassend wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz wäre dieses Projekt ein Akt einer verfehlten Verkehrspolitik. Zukunftstaugliche Verkehrspolitik muss vorrangig den Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben und das Ziel haben, möglichst den PendlerInnen-Verkehr und den Güterverkehr von der Straße weg auf die Schiene zu bekommen. Dies entlastet die Straßen und trägt zur Erfüllung des Klimavertrages von Paris und der Erreichung der Klimaschutzziele der österreichischen Bundesregierung bei.

In einer Anfragebeantwortung vom 29. August 2018 hielt Landeshauptmann Hans Niessl fest, dass es seitens des Burgenlandes keine verpflichtenden Zusagen an den Nachbarstaat Ungarn zu Bauvorhaben gibt. Das einzige gültige und bindende Schriftstück bezüglich eines Ausbaus der A3 ist demnach das Bundesstraßengesetz, in dem das Projekt noch abgebildet ist.

Das Burgenland muss verhindern, zum Transitland zwischen Ungarn und Mittel- bzw. Westeuropa zu werden. Das würde die Lebensqualität in den burgenländischen Anrainergemeinden vermindern, die Region als Tourismusgebiet schwächen und die Erreichung der Klimaschutzziele verhindern.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ziel heranzutreten, sämtliche Ausbaupläne der A3 Richtung Ungarn zu stoppen, sowie das Verkehrsprojekt grundsätzlich aus dem Bundesstraßengesetz zu streichen.